



Bundesministerium für Arbeit und Soziales, 11017 Berlin

Frau

Prof. Dr. Helga Spindler

Referat llb 5

BEARBEITET VON

HAUSANSCHRIFT Wilhelmstraße 49, 10117 Berlin
POSTANSCHRIFT 11017 Berlin

TEL +49 30 18 527-

FAX +49 30 18 527-

E-MAIL

INTERNET www.bmas.de

Berlin, 10. Februar 2010

AZ

llb 5 - 96 / Spindler

Sehr geehrte Frau Prof. Dr. Spindler,
sehr geehrter Herr Prof. Dr. Franz Segbers,

vielen Dank für Ihr an Frau Bundesministerin Dr. von der Leyen gerichtetes Schreiben vom 4. Januar 2010, in dem Sie um ein Gespräch mit der Bundesministerin über die Regelungen zum Eintritt einer Sanktion bei Pflichtverletzungen ohne wichtigen Grund im Rahmen der Grundsicherung für Arbeitsuchende bitten. Frau Dr. von der Leyen hat mich beauftragt, Ihnen zu antworten.

Ihrer Bitte um einen Gesprächstermin kann Frau Dr. von der Leyen wegen des engen Terminplans im Zusammenhang mit der Neuorganisation der Grundsicherung für Arbeitsuchende leider nicht nachkommen. Im Übrigen weise ich darauf hin, dass bereits am 5. Oktober 2009 ein Gespräch von Vertretern des Bündnisses für ein Sanktionsmoratorium mit der Bundesagentur für Arbeit unter Beteiligung des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales stattgefunden hat.

Allgemein weise ich darauf hin, dass die von Ihnen kritisierte Regelung des § 31 Zweites Buch Sozialgesetzbuch (SGB II) eine der zentralen Normen im SGB II ist, da sie die Schnittstelle zwischen den Leistungen zur Eingliederung in Arbeit und den Leistungen zur Sicherung des Lebensunterhaltes darstellt. Jeder kann sich darauf verlassen, dass im Falle einer vorübergehenden Notlage alle notwendigen Leistungen zur Sicherung des soziokulturellen Existenzminimums und Hilfen zur Beendigung seiner Notlage gewährt werden. Die finanziellen Mittel hierfür bringt die Allgemeinheit durch Steuermittel auf. Mit dieser Fürsorge der Gesellschaft für den Einzelnen ist die Erwartung an jeden Einzelnen verbunden, dass er im Rahmen seiner Möglichkeiten alles dafür tut, seinen Lebensunterhalt selbst zu bestreiten.

Dieses gesellschaftlich anerkannte Prinzip ist die Grundlage jedes solidarisch angelegten Zusammenlebens und kommt in der Grundsicherung für Arbeitsuchende im Grundsatz von Fördern und Fordern zum Ausdruck. Die kritisierten Sanktionsregelungen unterstützen die Umsetzung von Fördern und Fordern genauso wie die umfangreichen Leistungen zur Eingliederung in Arbeit. Der Verzicht auf die Anwendung der Sanktionsregelungen wäre gleichbedeutend mit der Aufgabe des Grundsatzes von Fördern und Fordern. Die gesellschaftliche Akzeptanz eines von der Allgemeinheit getragenen Fürsorgesystems wäre in Frage gestellt. Ein Aussetzen der Anwendung des § 31 SGB II kommt daher nicht in Betracht.

Soweit Sie exemplarisch die gesetzliche Regelung zur Sanktionierung bei Weigerung zum Abschluss einer Eingliederungsvereinbarung ansprechen und darauf verweisen, dass diese Regelung unverhältnismäßig sei, übersende ich in der Anlage die Antwort der Bundesregierung auf eine entsprechende Kleine Anfrage der Fraktion DIE LINKE im Deutschen Bundestag.

Mit freundlichen Grüßen

Im Auftrag